

Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 2003/2004¹

Joachim Bertele²

1 Überblick

Am 25. Februar 2003 übernahm Roh Moo-hyun das Amt des Präsidenten. Er setzt außenpolitisch im Wesentlichen die Politik seines Vorgängers Kim Dae-jung fort, betont dabei allerdings größere Eigenständigkeit und mehr Initiative: Gegenüber dem Norden setzt er langfristig auf Annäherung, statt von Sonnenschein- spricht man nun weniger einprägsam von Friedens- und Wohlstandspolitik. Die Beziehungen zu China und Japan werden trotz regelmäßig wiederkehrender atmosphärisch-historischer Störungen vertieft. Seoul sucht mehr internationale Zusammenarbeit durch Handelsabkommen und die Stärkung regionaler Institutionen.

Das Verhältnis zu den USA unterliegt einer Neuausrichtung. Auslöser war ein tragischer Unfall mit einem gepanzerten US-Militärfahrzeug im Sommer 2002, bei dem zwei koreanische Mädchen zu Tode kamen. Seitdem führen Entscheidungen in wichtigen bilateralen Angelegenheiten (Nuklearkrise, US-Truppenverlegung in Südkorea, Entsendung südkoreanischer Truppen in den Irak) zu erheblichen innenpolitischen Diskussionen und leiden unter geschwächtem Vertrauen. Südkorea steht zwischen dem Wissen, dass die Allianz mit den USA auch langfristig den eigenen Interessen dient, und der Sehnsucht nach größerer Selbständigkeit.

Zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearkrise haben sich die Beteiligten nach monatelangem Tauziehen und einer vorangegangenen trilateralen Verhandlungsrunde im April 2003 auf das Format der Sechsparteiengespräche geeinigt. Sie fanden im August 2003 und Februar 2004 statt. In der zweiten Runde hat Korea öffentlichkeitswirksam seinen Dreistufenplan zur Lösung der Krise eingebracht. Parallel setzen beide koreanische Staaten die innerkoreanischen Gespräche fort. Eine weitere

¹ Von April 2003 bis März 2004.

² Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Eskalation der Krise konnte bisher verhindert werden, es gab auch prozedurale und inhaltliche Fortschritte, aber keinen Durchbruch bei den wichtigsten Streitpunkten.

2 Mehr Eigenständigkeit oder Fortführung der Allianz mit den USA

Während man in Washington die Differenzen zwischen den Falken des Verteidigungsministeriums und den Tauben des State Department beschreibt, füllen in Korea angebliche Auseinandersetzungen zwischen den Befürwortern einer eigenständigen Außenpolitik im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) und den Anhängern einer starken Allianz mit den USA aus dem Außenministerium die Leitartikel.

Inhaltlich sind die Unterschiede nicht gar so groß. Keiner der Verantwortlichen will eine Beendigung der Partnerschaft mit den USA, anders sieht es mit dem Streben nach einer Neugewichtung aus. Die frühere Clinton-Beraterin Wendy Sherman beschrieb Koreas Wunsch als nach einem Wandel von „Paternalship“ zu „Partnership“. Was Präsident Roh und der NSC unter mehr Eigenständigkeit verstehen, ist an den Entscheidungen des ersten Präsidentschaftsjahres abzulesen. Truppen für den Irak ja, aber unter eigenem Kommando und in erster Linie mit Wiederaufbaucharakter. Enge Zusammenarbeit in der Nuklearkrise ja, dazu gehört auch die Übernahme der US-amerikanischen Forderung nach einer kompletten, verifizierten und irreversiblen Denuklearisierung Nordkoreas. Militärische Optionen werden aber grundsätzlich ausgeschlossen. Das Hauptgewicht liegt auf Dialog, nicht auf Druck.

Der Wille zu einer eigenständigen Außenpolitik ist nicht auf das Verhältnis zu den USA beschränkt. Korea hat in den vergangenen Jahrzehnten eine erstaunliche Entwicklung zur zwölftgrößten Wirtschaft der Welt vollzogen und will das auch in außenpolitisches Selbstbewusstsein ummünzen. Das Engagement im Irak wird auch als Übernahme internationaler Verantwortung vermarktet.

Koreas Handicap ist die Lage zwischen zwei größeren Mächten, China und Japan. Wäre Korea einer der Staaten der Europäischen Union, würde schon der Süden allein zu den Mittleren bis Großen gehören: fast 50 Millionen Einwohner, starke Exporte, ein Pro-Kopf-Einkommen von immerhin über 10.000 US\$. In Nordostasien wird es dagegen neben der zweitgrößten Wirtschaft der Welt und dem zukünftigen Riesen China zu wenig wahrgenommen. Dieser geografischen Lage kann sich Korea nicht entziehen. Es liegt im koreanischen Interesse, eine langfristige Friedensordnung für Nordostasien zu finden, in der das Potenzial von Japan und China auf gemeinsame Prosperität ausgerichtet ist, sodass die Zwischenposition von Korea zum Vorteil und nicht zum Fluch wird. In dem möglichen Konkurrenzkampf zwischen China und den USA muss man aufpassen, nicht zerrieben zu werden, sondern frühzeitig eine eigene Position zu suchen. Die Vision für die Zukunft ist deswegen langfristig eine friedliche und gut vorbereitete Wiedervereinigung Koreas, eingebettet in eine engere regionale Zusammenarbeit unter Einbindung Washingtons als stabilisierendem Faktor. Korea soll durch die „Iron Silk Road“ – eine Eisenbahnverbindung über Nordkorea mit Europa – durch Investitionen in Logistik und Finanzinstitutio-

nen zur Drehscheibe in Nordostasien, zum „Hub of Northeast Asia“ werden (siehe dazu auch den Beitrag von Seliger in diesem Jahrbuch).

Im schnelllebigen Personalgeschäft der koreanischen Politik waren die außenpolitischen Protagonisten des ersten Jahres der Regierung Roh, neben dem Präsidenten selbst, der starke Mann des Nationalen Sicherheitsrats, Vizegeneralsekretär Lee Jeong-seok, Außenminister Yoon Young-kwan und Vereinigungsminister Jeong Se-hyun. Außenminister Yoon musste im Januar seinen Hut nehmen, ihm folgte der Karrierediplomat Ban Ki-moon nach, der zuletzt außenpolitischer Berater des Präsidenten im Präsidialamt war.

Auslöser für Yoon Young-kwans Ablösung waren kritische Äußerungen von Angehörigen des Außenministeriums an der Nordkorea- und US-Politik des Präsidenten. Minister Yoon, zuvor und nun wieder Professor an der Nationaluniversität Seoul, wurde deswegen vorgeworfen, sein Ministerium nicht wirklich in den Griff zu bekommen.

Das mag durchaus eine Rolle gespielt haben. Das Außenministerium wird, ähnlich wie die Justiz, als elitär, konservativ und sehr hierarchisch beschrieben. Justizministerin Kang hatte in ihrem Haus mit Amtsbeginn erhebliche Änderungen durchgeführt, die dem Außenminister nicht zugetraut wurden. Außenminister Yoon hatte allerdings auch mehrfach politische Reibungspunkte mit dem Nationalen Sicherheitsrat, namentlich mit Lee Jeong-seok, wenn er sich für eine flexiblere Haltung gegenüber Washington einsetzte. In die Öffentlichkeit kamen die Spannungen bei der Entscheidung über die Entsendung von Truppen in den Irak. Die Festlegung auf eine Truppenstärke von 3.000 Mann mit Wiederaufbauauftrag stammte offenbar aus dem Sicherheitsrat, Außen- und Verteidigungsminister hatten für 5.000 Soldaten plädiert und fühlten sich übergangen. Einmal soll Präsident Roh seinen damaligen Minister gefragt haben, ob er wirklich der Außenminister Koreas und nicht der eines anderen Landes sei. Yoons Nachfolger Ban Ki-moon hat erhebliche US-Erfahrung, sodass seine Berufung Befürchtungen wegen des bilateralen Verhältnisses mit den USA besänftigte. Durch seine einjährige Tätigkeit im Präsidialamt mit engen Kontakten zum Präsidenten und Lee Jeong-seok wird ihm offensichtlich beides zuge-
traut: inhaltlich das Ziel eines eigenständigeren Korea in der Allianz mit den USA selbstbewusst und konzilient zu vertreten und wegen seines guten Ansehens im Außenministerium auch die gewünschten internen Reformen in Angriff zu nehmen.

Lee Jeong-seok gilt als der einflussreichste Berater des Präsidenten. Er kam von einem Forschungsinstitut in seine jetzige Position und hatte früher enge Kontakte zu Lim Dong-won, dem Architekten der Sonnenscheinpolitik. Das Ziel einer größeren Eigenständigkeit Koreas wird vor allem mit seinem Namen verbunden. Wegen der ihm unterstellten amerikakritischen Haltung wurde er als Anführer der koreanischen „Taliban“ bezeichnet. In der Öffentlichkeit tritt er wenig in Erscheinung. Bei einer Reise in die USA versuchte er, manche Vorurteile auszuräumen.

Vereinigungsminister Jeong Se-hyun ist der einzige Minister, der noch aus der Administration Kim Dae-jung stammt. Er ist das öffentliche Gesicht der Nordkoreapolitik und trat häufiger mit erstaunlich positiven Einschätzungen der internen Situation in Nordkorea an die Presse. Er versucht eine Eskalation der Nuklearkrise zu

vermeiden. Positive Wertungen der Wirtschaftsreformen Pyongyangs oder der Versorgungslage gehören in diesen Zusammenhang.

3 Nordkoreanische Nuklearkrise

Wegen Hinweisen auf ein geheimes Urananreicherungsprogramm stellte die KEDO (Korean Peninsula Energy Development Organization) im November 2002 die Lieferung von 500.000 t Schweröl an Nordkorea ein. Diese Lieferung war bis zum Abschluss des Baus von zwei Leichtwasserreaktoren der Preis, zu dem sich die USA im Agreed Framework von 1994 als Gegenleistung für die Einfrierung und die spätere Aufgabe des nordkoreanischen Nuklearprogramms verpflichtet hatte. Nordkorea beendete daraufhin den „Freeze“, nahm seine Atomanlagen wieder in Betrieb und erklärte den Austritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag. Zur mittelfristigen Gefahr des geheimen Urananreicherungsprogramms war die akute Gefahr des Plutoniumprogramms hinzugetreten.

Auf Vermittlung durch China kam es im April 2003 zu den ersten trilateralen Gesprächen (USA, Nordkorea, China). Die zwei Runden der Sechs-Parteien-Gespräche Ende August 2003 und im Februar 2004 in Beijing brachten einen Austausch der bisherigen Positionen und die Verabredung von Arbeitsgruppen (siehe dazu auch den Beitrag von Kreft in diesem Jahrbuch). Wichtigste Streitpunkte sind die Frage der Existenz und Beendigung des von Nordkorea bestrittenen Urananreicherungsprogramms sowie Ausmaß und Zeitpunkt etwaiger Gegenleistungen.

Südkorea hat vor allem bei den Sechs-Parteien-Gesprächen im Februar 2004 eine sehr aktive und öffentlichkeitswirksame Rolle gespielt. Schon seit den Anfängen der Nuklearproblematik suchte Seoul nach Wegen, die vollständige Denuklearisierung Nordkoreas und mögliche Gegenleistungen in einen Fahrplan, eine „Road Map“ zu gießen. Dem stand die Haltung der USA entgegen, nicht für bereits von Nordkorea im Agreed Framework von 1994 Versprochenes erneut zu zahlen. Durch die von Präsident Bush im Herbst 2003 angekündigte grundsätzliche Bereitschaft der USA zu Sicherheitszusagen und den nordkoreanischen Vorschlag eines erneuten „Freeze“ seiner Nuklearprogramme vom Dezember 2003 schien für Seoul die Zeit gekommen, seine Vorstellungen für einen Fahrplan deutlicher zu formulieren. Man spricht von einem Dreistufenplan:

- Zunächst sollte Nordkorea die grundsätzliche Bereitschaft zu einer kompletten, verifizierbaren und irreversiblen Denuklearisierung erklären, während die anderen Beteiligten ihrerseits Sicherheitsabsprachen in Aussicht stellen.
- Als zweiter, zeitlich begrenzter Schritt müssten die nordkoreanischen Nuklearprogramme, darunter auch das von Nordkorea bestrittene Urananreicherungsprogramm, eingefroren werden. Schon für diesen Schritt bietet Südkorea dem Norden Energiehilfen an. China und Russland erklärten sich ihrerseits zu Hilfen in diesem Stadium bereit.

- Schließlich sollte die volle Denuklearisierung Nordkoreas zum Abschluss von Sicherheitsabsprachen mit Pyongyang und zur Eingliederung Nordkoreas in die internationale Gemeinschaft führen.

Washington und Tokyo erklärten Verständnis und Unterstützung für Südkoreas Ideen. Auf Seiten der USA war allerdings auch deutliche Zurückhaltung zu spüren. Nach den Erfahrungen mit dem Agreed Framework löst jedes „Freeze“-Konzept dort allergische Reaktionen aus. Die Pläne zeigen aber durchaus einen gangbaren Weg zur Lösung der Krise auf. Doch solange Nordkorea die Existenz eines Urananreicherungsprogramms abstreitet, ist ein Durchbruch bei den Verhandlungen nicht in Sicht. Die Hauptkontrahenten sind Nordkorea und die USA. In diesem Verhältnis müssen letztlich die Fortschritte erzielt werden, die Rolle Seouls bleibt deswegen begrenzt.

Immerhin ist im Februar 2004 ein wichtiger Schritt hin zu einer Verstetigung des Prozesses gelungen. Man einigte sich auf die Einrichtung von Arbeitsgruppen und legte fest, sich spätestens bis Ende Juni 2004 erneut zu treffen. Jetzt müssen diese Verabredungen nur noch eingehalten werden.

Die bisherigen Versuche der Krisenbewältigung haben auch eine positive Nebenwirkung. Sie bringen die wichtigen Akteure in Nordostasien näher zusammen. Im Wesentlichen haben die USA, China, Südkorea, Japan und Russland gleichgerichtete Interessen: ein nuklearfreies Nordkorea. Eine erfolgreiche gemeinsame Lösung der Krise könnte einen wichtigen Anstoß zu mehr Integration in der Region bieten. Die südkoreanische Regierung hofft auf einen KSZE-ähnlichen Prozess, der schließlich in einer dauerhaften Friedenslösung in Nordostasien münden soll. Das wäre wiederum der geeignete Rahmen, um langfristig auf eine Annäherung und schließlich die Wiedervereinigung beider koreanischer Staaten hinzuarbeiten.

Scheitert der Verhandlungsweg, bestehen erhebliche Gefahren für das Verhältnis Washington–Beijing und – stärker noch – für die Beziehungen Seoul–Washington. Ein nukleares Nordkorea würde sowohl in Japan wie in Südkorea die Frage nach einer eigenen Nuklearwaffenfähigkeit aufwerfen. Eine solche Entwicklung ist zwar nicht zwingend, nicht einmal wahrscheinlich, aber die damit verbundenen Risiken wären immens.

4 Innerkoreanische Beziehungen

Die Projekte im innerkoreanischen Verhältnis will Seoul trotz der Nuklearkrise weiterführen, substanzielle Fortschritte soll es aber erst danach geben. Bei den innerkoreanischen Ministergesprächen ist man nun bei der Zahl 13 angelangt. Es gab acht Familienbegegnungen und acht Wirtschaftstreffen. Beim letzten Ministertreffen wurde zusätzlich eine Zusammenkunft der Militärs auf Generalsebene vereinbart. Das wäre das höchstrangige Militärtreffen seit der Begegnung der Verteidigungsminister im Herbst 2000.

Noch im Jahr 2004 sind erste Testfahrten auf den Schienenverbindungen durch die Demilitarisierte Zone im Westen und im Osten Koreas vorgesehen. In Südko-

rea sind die Schienenverbindungen fertig gestellt, im Norden sind die Arbeiten allerdings noch nicht abgeschlossen. Es wären die ersten Schienenverbindungen zwischen beiden koreanischen Staaten seit dem Ende des Koreakriegs. Busverkehr auf Behelfsstraßen gibt es schon seit einigen Monaten.

In der nahe der Grenze zu Südkorea gelegenen nordkoreanischen Stadt Kaesong soll bis zum Sommer 2004 das erste Pilotprojekt der geplanten Sonderwirtschaftszone errichtet werden. Kaesong ist auf Dauer als verlängerte Werkbank Südkoreas in Nordkorea gedacht, um die nordkoreanischen Bemühungen um wirtschaftliche Reformen zu unterstützen. Nordkorea erhofft sich von Südkorea darüber hinaus mehr humanitäre Hilfe und Energielieferungen, mehrfach hat Pyongyang ein beschleunigtes Vorgehen in Kaesong gefordert und im Gegenzug mit einer Einstellung des Tourismusprojekts Mt. Kungang gedroht.

Das Verhältnis in Zahlen:

- 2003 betrug der innerkoreanische Handel 724 Mio. US\$, eine weitere Steigerung gegenüber 641,7 Mio. US\$ im Jahr 2002. Exporte Südkoreas: 434.965 Mio. US\$, Importe: 289.252 US\$. Mehr als die Hälfte der südkoreanischen Exporte sind Hilfsleistungen (Reis, Dünger). Erhebliche Gelder fließen auch im Bereich der touristischen Dienstleistungen, die zwar privat betrieben, aber von mehr oder weniger direkten staatlichen Hilfen mitgetragen werden.
- Innerkoreanische Projekte: humanitäre Hilfe 2003: 196 Mio. US\$, Investitionen in Schiene und Straße 2003: 125 Mio. US\$ (2002: 241 Mio. US\$).
- Nordkoreanische Flüchtlinge, die in Südkorea Aufnahme fanden: 2003: 1.285 (2002: 1.141; 2001: 538; 2000: 31).
- 15.231 innerkoreanische Besucher, davon 1.023 Nordkoreaner in Südkorea (vor allem während der Universiade in Daegu); 2.619 Mitglieder getrennter Familien trafen sich. Am Mt.-Kungang-Tourismus nahmen zusätzlich 73.922 Personen teil.
- Das Pro-Kopf-Einkommen im Süden übertrifft nach Schätzungen der Zentralbank in Seoul das im Norden 13-mal, das Bruttonettoprodukt 28-mal.

5 Beziehungen zu den USA

Die USA bleiben der wichtigste Partner Südkoreas. Sie sind mit 37.000 Soldaten in Südkorea präsent und tragen damit zur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel bei. Dies gilt nicht nur gegenüber Nordkorea, sondern auch für das Mächtegleichgewicht zwischen Japan und China in der Region.

Korea unterstützt das Vorgehen in Afghanistan mit Sanitäts- und Bauleistungen und will ab April zusätzlich zu den bereits stationierten gut 500 Soldaten weitere 3.000 Soldaten in den Irak entsenden. Aus Sicht der koreanischen Administration soll die Partnerschaft fortbestehen, aber das emotionale Fundament hat Risse bekommen. Zu sehr fühlt man sich als wenig beachteter Juniorpartner.

Ein Unfall im Juni 2002, bei dem zwei koreanische Schulmädchen von einem gepanzerten US-amerikanischen Militärfahrzeug überfahren wurden, und der darauf folgende Freispruch der involvierten US-Soldaten durch ein US-amerikanisches

Militärgericht hatten – noch gefördert durch den gleichzeitigen Wahlkampf – zu stark emotionalisierten Demonstrationen mit teils über 100.000 Teilnehmern geführt. Dabei kamen bislang oft unterdrückte Animositäten gegenüber den USA zum Vorschein, die auch für Gegenreaktionen in den USA gesorgt haben.

Die südkoreanische Entscheidung, die USA im Irak mit Truppen zu unterstützen, hat die Atmosphäre in Washington gegenüber Seoul entspannt. In der südkoreanischen Bevölkerung herrscht aber weiter großes Misstrauen insbesondere gegenüber der Nordkoreapolitik Washingtons.

Das Vorhaben der USA, ihre Truppen in Südkorea von der Grenze mit dem Norden weiter in den Süden zu verlegen, entspricht zumindest in der vorgeschlagenen Geschwindigkeit ebenfalls nicht südkoreanischen Vorstellungen. Viele Koreaner hätten es gerne gesehen, wenn zumindest ein begrenztes Kontingent der US-Truppen im Artilleriebereich des Nordens verblieben wäre, um die Funktion eines Stolperdrahts zu gewährleisten, die unmittelbare Involvierung der USA im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Norden.

Es wird dagegen von Seoul grundsätzlich positiv eingeschätzt, dass die US-Truppen ihr Hauptquartier in Seoul räumen wollen. Das Gelände liegt nach dem Wachstum der Stadt Seoul in zentraler Lage. Es wurde schon von den japanischen Besatzungstruppen genutzt und ist für anti-amerikanische Strömungen ein Symbol des Ungleichgewichts der Allianz geworden. Bis auf ein Verbindungskommando, sollen alle US-Truppen bis Ende 2007 aus Seoul abgezogen und in den Raum Osan ca. 70 km südlich der Hauptstadt, verlegt werden.

Obwohl noch nicht abschließend verhandelt, soll Korea die hohen Kosten für diese erste Stufe der Rückverlegung US-amerikanischer Truppen nach Süden allein bezahlen. Sie werden auf mindestens 3 Mrd. US\$ beziffert. Auch dieser Entscheidung war ein zähes Ringen vorausgegangen mit einem für die koreanische Regierung unbefriedigenden Ergebnis.

Auch das zukünftige Stationierungskonzept der USA, das in Korea voraussichtlich zu einem Abbau und einer neuen Aufgabenbeschreibung der US-Truppen führt, wird weitere Spannungen mit sich bringen. Vieles spricht dafür, dass die USA den Auftrag ihrer Soldaten in Korea in Zukunft weniger in der Sicherung Südkoreas vor einem Angriff aus dem Norden sehen. Dafür ist der Norden trotz der zahlenmäßig großen Armee militärisch kaum in der Lage und Südkorea hat langfristig selbst die Kapazitäten zu einer umfassenden Abschreckung. Präsident Roh hat die selbständige Verteidigungsfähigkeit mehrfach als Ziel seiner Politik propagiert. Er hat dabei unterstrichen, dass dies die Allianz nicht obsolet mache. Unter den Außenpolitikern und den außenpolitischen Experten herrscht noch weitgehend Einigkeit darüber, dass eine US-Präsenz auch unter diesen veränderten Vorzeichen im Interesse Koreas liegt, um mit den USA die Balance in Nordostasien zwischen Japan und China zu halten. Ein mächtiger Verbündeter ist dann am vorteilhaftesten, wenn er geografisch weit entfernt liegt, um zu große Abhängigkeiten zu vermeiden. Deswegen sei Korea besser in einem Bündnis mit den demokratischen USA aufgehoben als in größerer Nähe zu China, dessen zukünftige politische Verfassung noch ungewiss ist. Diese Entscheidung würde umso wichtiger, wenn sich in Zukunft eine anhaltende Konkur-

renzsituation zwischen Washington und Beijing entwickeln sollte. Aber ein großer Teil der Bevölkerung wird fragen, warum man US-Truppen auf dem eigenen Territorium braucht, wenn sie ihren Blick eher auf China, Taiwan und den Gürtel der Instabilität von Südostasien bis zum Nahen Osten richten.

Gleichzeitig könnte aus US-Sicht die Allianz mit Südkorea an Wert verlieren, wenn man nicht als Freund und Schutzpatron, sondern als übermächtiger großer Bruder verstanden wird. Mit Japan hat Washington einen starken Partner in der Region, der vor Jahren die strategische Entscheidung für ein langfristiges Bündnis mit den USA getroffen hat. Damit ist Korea aus US-Sicht sicher ein nützlicher und wesentlicher Bündnispartner, ganz unverzichtbar ist er nicht. Das verschlechtert die politische Verhandlungsposition für Korea bei einer Neugewichtung des bilateralen Verhältnisses mit den USA.

6 Verhältnis zu den Nachbarn, zur EU und zu Deutschland

6.1 Japan: Wie belastend ist die Vergangenheit?

In den vergangenen zwei Jahren konnte sich Japan aus der Rolle des unbeliebtesten Landes in Korea davontreten. Die Südkoreaner konzentrierten ihre negativen Gefühle, je nach politischer Ausrichtung, auf die USA oder Nordkorea. Dennoch bleibt das Verhältnis angespannt. Dem Nachbarn wird die fehlende Aufbereitung der Annexionszeit und Arroganz gegenüber Korea vorgeworfen. Japan bleibt deswegen ein wenig beliebtes und häufig kopiertes Land. Zwei nationale Feiertage in Korea richten sich letztlich gegen Japan: die Feier des Aufstands gegen die japanische Okkupation vom 1. März 1919 und der Befreiung vom 15. August 1945. Das bekannte koreanische Musical „The Last Empress“ beginnt mit Bildern aus Nagasaki. Der Bombenabwurf ist Sinnbild der Niederlage und der Erniedrigung Japans und gleichzeitig als Befreiung Koreas ein Grund zum Feiern.

Im Grundsatz scheint Roh Moo-hyun in die Fußstapfen seines Vorgängers Kim Dae-jung treten zu wollen und die bilaterale Aussöhnung voranzutreiben. Bis Ende 2005 soll das bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Das nächste Jahr wird in Japan als Koreajahr begangen. In der Bali-Erklärung von 2003 wurde zusätzlich eine trilaterale Kooperation mit China verabredet.

Alte Animositäten können aber auch sehr kurzfristig aufbrechen, wie zuletzt bei der Ausgabe von Briefmarken zur zwischen Korea und Japan umstrittenen Insel Tokdo/Takeshima und regelmäßig bei Koizumis Besuchen des Yasukuni-Schreins. In den nächsten Monaten droht auch erneut ein Schulbuchstreit zu entbrennen. Auf beiden Seiten besteht die Gefahr, aus innenpolitischen Gründen das bilaterale Verhältnis zu belasten. So hat Präsident Roh am 1. März 2004 in seiner Rede zur Erinnerung an den Aufstand gegen die japanische Besatzung vom 1. März 1919 die Besuche des Yasukuni-Schreins von Koizumi deutlich angegriffen:

Ich muss Japan einen Ratschlag erteilen. [...] Einige gedankenlose Teile der japanischen Öffentlichkeit und einige populistische Politiker können Dinge sagen, die die Gefühle unseres Volkes verletzen, aber ein nationaler Führer sollte das nicht. [...] Japanische Mäßigung im Hinblick auf verletzende Äußerungen gegenüber dem koreanischen Volk wäre nützlich für die Zukunft beider Länder.

Rohs klare Kritik an Koizumi war vor dem Hintergrund des Wahlkampfes und des besonderen Anlasses zu sehen, dem Gedenken an den vor 85 Jahren gescheiterten Aufstand gegen die japanische Okkupation. Letztlich antwortete er auf den Populismus der Besuche des Yasukuni-Schreins von Koizumi mit eigenem Populismus.

Eine wirkliche Geschichtsaufarbeitung durch Japan wird in Korea allerdings wirklich schmerzlich vermisst. Gleichzeitig ist man auf eine engere Kooperation mit dem östlichen Nachbarn angewiesen und weiß das auch. So wird es in Korea zwar immer wieder zu starker Verärgerung Japan gegenüber kommen, im Wesentlichen will man aber die bilateralen Beziehungen ausbauen. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen laufen, die Kooperation in der Nuklearfrage ist sehr eng, die Popkulturen beider Länder vermischen sich, und die jüngere Generation gewinnt so einen unbelasteteren Zugang zueinander. So bleibt es eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen trotz ungenügender Vergangenheitsbewältigung. Sie wäre bei Ausräumung der belastenden Vergangenheit leichter, herzlicher und belastbarer.

6.2 China: großer Bruder, Chance und Risiko

Am 24. August 2002 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Südkorea zehn Jahre alt. Das Verhältnis beider Staaten hat sich wirtschaftlich und politisch sehr gut entwickelt. Das Handelsvolumen ist 2003 auf 56 Mrd. US\$ gestiegen (Deutschland ca. 12 Mrd. US\$). Die Hälfte aller Absolventen des chinesischen Sprachtests für Ausländer stammen aus Korea, 30.000 Koreaner studieren in China. Mit 540 Mio. US\$ waren die koreanischen Direktinvestitionen in China 2002 so hoch wie in keinem anderen Land. Im Rahmen der Nordkoreakrise verstärken sich auch die politischen Kontakte.

Gleichzeitig sind ganze Wirtschaftszweige mit hohen Lohnkosten in den Nachbarstaat abgewandert. Korea befürchtet, durch das internationale Interesse an China an Aufmerksamkeit einzubüßen. Südkorea hat im vergangenen Jahr mit Direktinvestitionen in Höhe von 6,5 Mrd. US\$ nur noch 58% des Wertes vom Jahr 2000 erreicht.

Seit einigen Monaten gibt es auch eine historisch-politische Auseinandersetzung über die Zuordnung des Goguryeo-Reichs. Es erstreckte sich vom heutigen Nordkorea in die Mandschurei. Ein chinesisches Forschungsprojekt soll es als Teil der chinesischen Geschichte beschreiben. In Korea wird das als Geschichtsraub verstanden, mit möglichen Auswirkungen auf politische Entscheidungen nach einem Zusammenbruch Nordkoreas. Für die koreanische Seite geht es vor allem um verletzten Nationalstolz, für die chinesische möglicherweise um die langfristige Stabilisierung des Vielvölkerstaates in den bestehenden Grenzen.

In China wurde im Februar 2002 das fünfjährige Northeast Asian Project (NAP) vom chinesischen Institut für Soziale Wissenschaften gegründet. Ziel des chinesischen Projektes ist es, das Königreich Goguryeo (37 v.Chr. – 668 n.Chr.) als Teil der chinesischen Geschichte darzustellen. Das Projekt ist nach chinesischen Angaben rein wissenschaftlicher Natur und von politischen Einflüssen unabhängig. Dagegen sprechen aber aus koreanischer Sicht die hohen Fördermittel, die Staatsnähe der chinesischen Wissenschaft und die Involvierung chinesischer Funktionäre.

Anlass der jüngsten Streitigkeiten ist die Veröffentlichung von fünf Dokumenten durch das chinesische Institut im Dezember 2003, die einen Nachweis der Diskontinuität zwischen dem Königreich Goguryeo und den heutigen koreanischen Staaten versuchen. Das Goguryeo-Volk sei vor allem von Han-Chinesen gebildet worden und habe immer in einem Vasallenverhältnis zu China gestanden, so die Hauptthesen.

Dagegen wird Goguryeo in Korea als wesentlicher Bestandteil der 5.000-jährigen unabhängigen Geschichte verstanden. Stolz führt man die Gründung Koreas auf den ersten Herrscher Tangun zurück, Kind eines Gottessohnes mit einer Frau, die zunächst ein Bär war. Tangun gründete nach der Legende 2333 Jahre v.Chr. Chosun mit der ersten Hauptstadt Pyongyang. Goguryeo war von 57 v.Chr. bis 687 n.Chr. eine führende Macht und Hochkultur in Nordostasien. Der Herrschaftsbereich erstreckte sich vom heutigen Nordkorea bis in weite Gebiete der Mandschurei und ist damit wichtiges Bindeglied für die Kontinuität der koreanischen Geschichte.

In Korea vermutet man unterschiedliche chinesische Beweggründe mit Blick auf eine mögliche Destabilisierung Nordkoreas:

- Sicherung des Vielvölkerstaats China: In den an Nordkorea angrenzenden Provinzen sind die ca. 2 Mio. ethnischen Koreaner teils in der Mehrheit. Dazu kommen seit einigen Jahren bis zu 300.000 Flüchtlinge aus Nordkorea und erhebliche wirtschaftliche Investitionen aus Südkorea. Ein vereintes Korea mit südkoreanischem Wohlstand und einer Allianz mit den USA könnte auf diese Provinzen Sogwirkung ausüben. Mit den Forschungen sollte verdeutlicht werden, auch die ethnischen Koreaner sind ein fester Bestandteil Chinas und der Geschichte Chinas. Diese Botschaft richte sich im übrigen nicht nur an sie, sondern an alle Minderheiten auf chinesischem Territorium.
- Ausgreifen Chinas nach Nordkorea: Einige nationalkonservative südkoreanische Historiker befürchten sogar, China könne bei einem nordkoreanischen Kollaps ohne stabilen Übergang auf nordkoreanisches Terrain ausgreifen und dies historisch legitimieren und sogar die seit dem 15. Jahrhundert im Wesentlichen unveränderte Grenze in Frage stellen.

Die südkoreanische Regierung versuchte zunächst, kein Öl ins Feuer zu gießen. Diese Linie ließ sich nicht durchhalten. Am 14. Januar 2004 verkündete Ministerpräsident Goh Kun die Gründung eines südkoreanischen Forschungszentrums zur Goguryeo-Geschichte. Fünfzig Wissenschaftler sollen mit einem Jahresetat von knapp 10 Mio. US\$ die These „Goguryeo ist unser“ untermauern.

Der Streit um die nationale Zuordnung eines vor bald 1.500 Jahren vergangenen Königreichs ist wohl nur für supranationale Europäer bizarr. In Korea kommen zum normalen Stolz noch das Trauma von vierzig Jahren japanischer Besatzung und Jahrhunderte der Abhängigkeit von China hinzu, um die nationale Seele sehr empfindlich zu machen. Jeder Zwist mit den größeren Nachbarn um wenig aufgearbeitete Geschichte oder Territorialstreitigkeiten führt hier zu starken Reaktionen. Gewöhnlich ist der Rivale Japan. China verzeiht man als großem Bruder meist mehr, nicht aber dieses Mal.

Die Bedeutung des Goguryeo-Konflikts wird in den koreanischen Medien meist übertrieben. Auch ein Zusammenbruch Nordkoreas wird die chinesisch-koreanische Grenze kaum ändern. Die Regierungen sind weiterhin bemüht, den Schaden klein zu halten. Der Schlagabtausch zwischen den Historikern wird aber sicher noch bis zum 28. UNESCO-Treffen im Juni 2004 und der dortigen Entscheidung über die Aufnahme der Goguryeo-Grabmale als Weltkulturerbe fortdauern.

Danach wird es voraussichtlich um Goguryeo wieder ruhiger werden. Zu unterschätzen ist der Streit trotzdem nicht. Er zeigt erneut, dass der starke Nationalismus in Nordostasien noch nicht durch regionale Integration gemildert wird und damit Gefahren für die Zukunft beinhaltet.

6.3 EU, wichtiger als wahrgenommen

Die EU ist in ihrer Gesamtheit einer der wichtigsten Handelspartner Südkoreas und der größte Investor. Willkommen ist die Unterstützung der EU für die Nordkoreapolitik Seouls. 14 EU-Staaten, d.h. bis zur EU-Erweiterung alle außer Frankreich, unterhalten diplomatische Beziehungen mit Nordkorea. Die Unterstützung der EU für Nordkorea setzt sich aus humanitärer Hilfe und Beiträgen zum KEDO-Projekt zusammen. Die EU wird auch häufig, neben der KSZE, als Vorbild für eine stärkere regionale Integration angeführt. Wegen der Konzentration Südkoreas auf die USA und die eigene Region wird die EU zwar positiv, aber doch nur in einer Nebenrolle gesehen.

6.4 Deutschland: 120 Jahre bilaterale Beziehungen

Das deutsch-koreanische Verhältnis ist bereits 120 Jahre alt. Am 26. November 1883 wurde der erste Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Korea geschlossen, im darauf folgenden Jahr 1884 wurde das deutsche Konsulat in Seoul eröffnet.

Aus Anlass des 120. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea beschloss der Deutsche Bundestag am 29. Januar 2004 einstimmig den interfraktionellen Antrag „Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln“.

Darin fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf,

- den Jahrestag zum Anlass zu nehmen, die Beziehungen Deutschlands zu beiden koreanischen Staaten auch in der Zukunft weiter auszugestalten und dynamisch fortzuentwickeln,
- die Bemühungen der Volksrepublik China durch die so genannten Sechsergespräche, auch im Rahmen der Europäischen Union, zu unterstützen, um Nordkorea zur Aufgabe seiner Atomwaffenambitionen zu bewegen.

In dem Antrag wird auf die besonders erfreuliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der Republik Korea hingewiesen: Deutsche Unternehmen haben in Korea über 5 Mrd. Euro investiert. Koreanische Unternehmen haben ihrerseits den Weg nach Deutschland, auch in die neuen Bundesländer, gefunden. Der Handel ist mit 12 Mrd. Euro hoch und fast ausgeglichen.

Der deutsche Bundestag begrüßt ferner, dass Korea im Jahre 2005 Länderschwergpunkt der Frankfurter Buchmesse und der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin sein wird und hofft, dass sich daraus wichtige neue Impulse für die deutsch-koreanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen ergeben.

In Deutschland leben mehr als 30.000 Koreaner, in der Republik Korea etwa 1.000 Deutsche. Korea und Deutschland eint das Schicksal der Teilung und eines rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs in der Nachkriegszeit.

6.5 Nach langer Auseinandersetzung: das Freihandelsabkommen mit Chile

Am 16. Februar 2004 hat das koreanische Parlament ein Freihandelsabkommen mit Chile verabschiedet, das Ende März 2004 in Kraft getreten ist. Es ist das erste Freihandelsabkommen, das Korea mit einem anderen Staat abgeschlossen hat, und wird als Signal verstanden. Weitere Verhandlungen sind mit Japan, Singapur, ASEAN, EFTA und China geplant oder im Gange. Heftige Proteste, insbesondere von der Bauernlobby, hatten die Abstimmung im Parlament zuvor dreimal verhindert.

Der Export nach Chile beträgt 454 Mio. US\$ und setzt sich aus den für Korea typischen Produkten wie Autos, Kommunikationsmitteln und Computern zusammen. Der chilenische Export nach Korea beträgt 754 Mio. US\$ und beinhaltet viele landwirtschaftliche Produkte wie Fisch und Obst, was Auslöser für die Proteste der Landwirte war.

Damit hat Korea sein erstes Freihandelsabkommen mit einem anderen Staat geschlossen. Bisher hatte es als einziges WTO-Mitglied neben der Mongolei kein Freihandelsabkommen. Das Land hat nach vielen Wehen seine Bereitschaft zur Marktöffnung und seine Fähigkeit, diese auch gegen wichtige Interessengruppen durchzusetzen, unter Beweis gestellt.

7 **Ausblick**

Die kommenden Wahlen in den USA werden für die Außenpolitik Südkoreas wahrscheinlich die bedeutendste Entscheidung des nächsten Jahres. Seoul bemüht sich zwar immer wieder gegenüber Pjöngjang zu verdeutlichen, dass man auch von Kerry keine deutlich andere Koreapolitik zu erwarten habe als von Bush. Doch auch von der Nuklearkrise abgesehen, wird der Wille der US-Wähler deutliche Auswirkungen haben. Ein Teil der USA-kritischen Stimmung in Korea hat etwas mit dem Ansehen des Dreigestirns Bush-Cheney-Rumsfeld bei den jüngeren Koreanern zu tun. Dazu kommt in Seoul auch noch Unterstaatssekretär Bolton, der bei seinen Besuchen in Südkorea immer für eine deutliche Sprache gegenüber Pjöngjang gut war. Eine große Zahl südkoreanischer NGOs beteiligt sich an einer internationalen Anti-Bush-Kampagne, eine Form der Einmischung, die USA-kritische Koreaner nur in eine Richtung, nämlich von Korea aus in Richtung USA, akzeptabel finden.

Wenn Bush eine zweite Amtszeit erreicht, bleibt vieles im bilateralen Verhältnis so, wie es derzeit ist: schwierig und doch stabil. Ein Präsident Kerry würde dagegen voraussichtlich Japan und Nordkorea wieder auf die ersten Plätze der in Südkorea unbeliebtesten Nationen verweisen. Auch der Einsatz der koreanischen Truppen im Irak dürfte mit einem Präsident Kerry in Südkorea mehr Akzeptanz finden.

Manche bilateralen Fragen, deren Beantwortung in den vergangenen Monaten durch Emotionen erschwert wurden, könnten wieder mit mehr Ruhe und Nüchternheit angegangen werden. Das reicht von der Suche nach einem Grundstück für die US-Botschaft bis hin zum neuen Stationierungskonzept für die US-Truppen. Bei den Sechs-Parteien-Gesprächen dürfte sich wohl nicht in der Zielsetzung, aber in Stil und Rhetorik etwas ändern. Washington hätte auch mehr Verständnis für die Suche Seouls nach einer eigenen Rolle und eigenen Schwerpunkten in den Verhandlungen.

Die zweite wichtige Unbekannte – und für die mittelfristige Stabilität auf der koreanischen Halbinsel sicher die bedeutsamere – ist Kim Jong-ils künftige Verhaltensweise. Ist er zu einer vollständigen Denuklearisierung im Gegenzug für Sicherheitszusagen und wirtschaftliche Hilfe bereit, oder wird sich die Nuklearkrise nach den US-amerikanischen Wahlen noch einmal zuspitzen? Man darf gespannt bleiben.

Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2004

POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT

mit
Beiträgen
von

Joachim Bertele
Heike Hermanns
Phillan Joung
Thomas Kern
Pia Kleis
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Harald Maass
Mascha Peters
Manfred Pohl
Bernhard Seliger
Tobias Stern



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-308-1

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje M.A.
Redaktionsassistentz: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

<p>Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2004. – 307 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-308-1</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).